

Aufgabe 7: Welche Krankenversicherung wähle ich?

Zur Vorgeschichte:

Mein Vorstellungsgespräch, prima verlaufen, Ausbildungsvertrag unterschrieben!

Doch was sagte mein zukünftiger Ausbilder noch: „Du musst vor Ausbildungsbeginn unbedingt eine eigene Krankenversicherung abschließen. Mein Rat ist, informiere dich über Beiträge und Leistungen verschiedener Krankenkassen, um die für dich passende Krankenversicherung zu finden“.

Was habe ich gemacht? Meine Eltern gefragt, wie ich vorgehen soll. Papa wusste Rat. Ich habe meine Krankenkasse gefunden. Wie? Natürlich an meinem PC, obwohl, ich hätte auch verschiedene Kassen abklappern können. War aber nicht mein Ding.

Damit auch du eine für dich zutreffende Krankenversicherung findest, bearbeite mit deinem Partner folgende Aufträge:

- Stellt Erwartungen bzw. Leistungen zusammen, die eure zukünftige Krankenkasse erfüllen sollte. Beachtet, ob es für euch wichtig ist, dass es einen Ansprechpartner vor Ort bzw. in der Region gibt.
- Informiert euch im Internet, direkt bei einzelnen Krankenkassen in eurer Nähe oder bei einem Versicherungsmakler über Möglichkeiten der Mitgliedschaft in Krankenversicherungen und deren Aufnahmevoraussetzungen.
- Fällt eine begründete Entscheidung, welche Krankenkassengruppe für euch zutreffend ist.
- Sammelt Informationen über Beitragshöhe und über zu erwartenden Leistungen einzelner Krankenkassen wie z. B. AOK Sachsen-Anhalt, Barmer GEK, BKK, DAK, IKK, Techniker Krankenkasse oder Ersatzkassen. Beachte: Einige Krankenkassen haben spezielle Angebote für Auszubildende.
- Vergleicht mithilfe der Tabelle eure Erwartungen an die Kassen mit den von den Kassen angebotenen Leistungen und entscheidet euch für eine Krankenkasse bzw. deren Krankenversicherung.



Vergleichskriterien	Krankenkassen			

Hinweise

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Aufgabe dient der Festigung bzw. Herausbildung folgender Kompetenzen:

- wirtschaftliche Verträge exemplarisch prüfen und an individuelle Bedürfnisse anpassen
- für die Lösung wirtschaftlicher Probleme selbstständig Ideen sammeln, Lösungsvorschläge entwickeln und geeignete, unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen auswählen
- an Beispielen wirtschaftlichen Handelns von privaten Haushalten untersuchen
- verbraucherrelevante Informationen aus verschiedenen Quellen entnehmen, bewerten und nutzen
- sich über Verträge und Versicherungen sachlich und zielgerichtet austauschen sowie Entscheidungen begründen.

Es empfiehlt sich, die Informationen über Beiträge und Leistungen einzelner Krankenkassen im Internet zu recherchieren.

Hinweise zum Erwartungshorizont

- a) Antworten entsprechend Vorstellungen bzw. Wissen der Schüler/innen, z. B.: günstige Beitragshöhe, kein Zusatzbeitrag, niedrige Behandlungskosten, gute Arzneimittelversorgung, kurzfristige Terminvergabe, keine Wartezeiten beim Arzt, hohes Krankengeld. 
- b) Mitgliedschaft Krankenversicherung: entweder freiwillig in „Privater Krankenversicherung“ (PKV) oder verpflichtend in „Gesetzliche Krankenversicherung“ (GKV). 
- PKV: Annahmeveraussetzung ist, dass sich nur Personen versichern können, für die keine Versicherungspflicht in der GKV (wie z.B. Arbeitnehmer) und deren Einkommen über der Jahresentgeltgrenze liegt.
- GKV: verpflichtende Versicherung für alle Arbeitnehmer, deren Jahresarbeitsentgelt unterhalb der Versicherungspflichtgrenze liegt
- Jahresentgeltgrenze/Versicherungspflichtgrenze: ab 2012 monatlich 4237,50 €, jährlich 50.850 €
- c) Entscheidung: GKV, Begründung mit b). 
- d) Ab 2012 ist eine einheitliche Beitragshöhe bei allen Krankenkassen in Höhe von 15,5 % vorgeschrieben (Mitglied trägt 8,2 %, der Arbeitgeber 7,3 %). 
- Einzelne Krankenkassen erheben Zusatzbeiträge bzw. haben Bonusprogramme.
- Leistungsermittlungen können mithilfe entsprechender Printmedien einzelner Krankenkassen bzw. deren Internetseiten unter den Rubriken „Leistungen & Service“ sowie „Beiträge & Tarife“ teilweise speziell für Auszubildende entnommen werden.
- Die Angabe des Leistungsspektrums der einzelnen Krankenkassen ist wegen des großen Umfangs hier nicht möglich.
- e) Die Schülerinnen und Schüler wählen entsprechend des Vergleiches (Tabelle) ihrer Erwartungen mit den gewonnen Erkenntnissen eine Krankenkasse aus. 

	L	M	S
V			
G			
N			
B			
K			

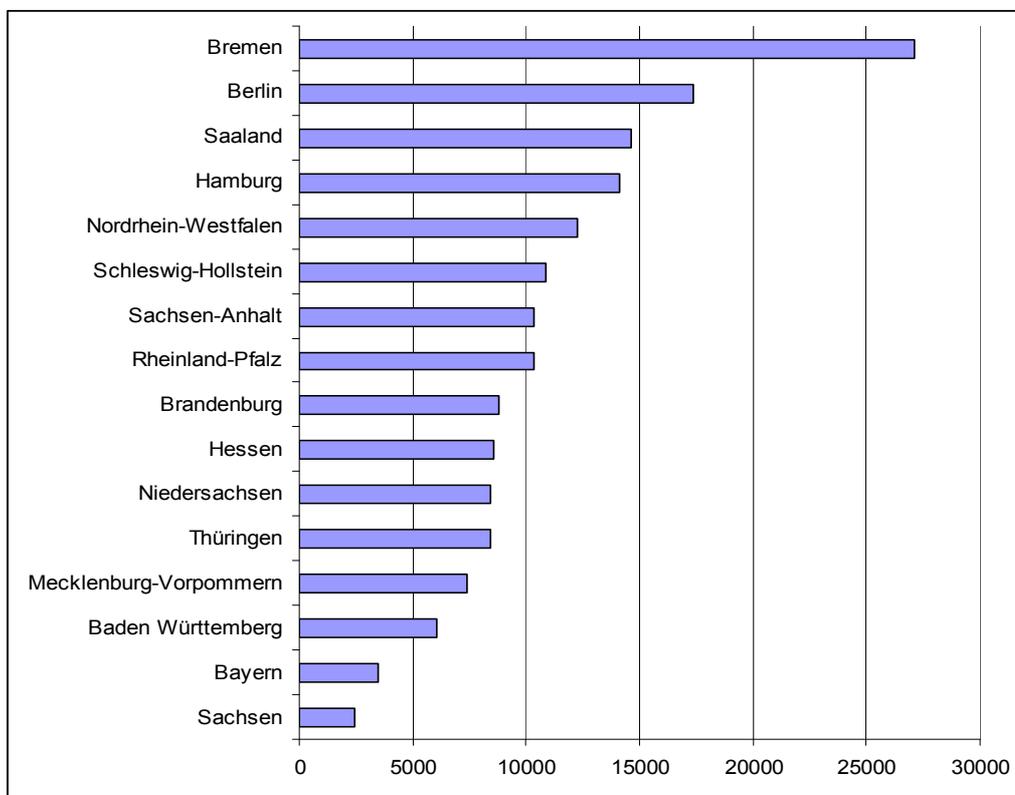
Aufgabe 8: Und die Schulden werden immer mehr

Der Staat benötigt viel Geld, damit er alle Aufgaben für die Allgemeinheit erfüllen kann. Die Schaffung und der Erhalt öffentlicher Einrichtungen wie z. B. Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit nach innen und außen, die Gestaltung einer niveaureichen Infrastruktur und der Schutz der Umwelt sind seine Pflichtaufgaben. Um allen Anforderungen gerecht zu werden, muss viel Geld durch Steuern eingenommen werden. Da aber dieses Steueraufkommen nicht ausreicht, werden bei Banken Kredite aufgenommen, die langfristig mit Zinsen zurückzuzahlen sind.

Ab 2020 dürfen gemäß Bundestagsbeschluss keine Schulden mehr gemacht werden. Diese langfristig festgelegte Schuldenbremse legt fest, dass die Bundesländer bis dahin ihre Landeshaushalte schuldenfrei zu gestalten haben.

Laut Grundgesetz sollen in allen Bundesländern gleichwertige Lebensverhältnisse entwickelt werden.

Schuldenstand der Länder pro Kopf in Euro (2010)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2010

- Vergleiche die Höhe der Schulden der einzelnen Länderhaushalte (siehe Diagramm) und nenne mögliche Ursachen für die unterschiedlichen Schuldenstände der Bundesländer pro Kopf der Einwohner.
- Begründe, warum durch die Bundesregierung eine Schuldenbremse ab 2020 zwingend für alle Bundesländer vorgeschrieben wurde. Welche Folgen können sich daraus für die Länderhaushalte ergeben?
- Untersuche ausgewählte Beschlüsse der Landesregierung, die diesem gesetztem Anspruch schon langfristig gerecht werden sollen, hinsichtlich der angestrebten Wirkung. Nutze dabei folgende Internetadresse:
<http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=3797>
- Beschreibe mögliche wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf Landes- und kommunaler Ebene, die einen Schuldenabbau möglich machen lassen und berücksichtige dabei auch mögliche Folgen für die Bewohner.
Diskutiert das Für und Wider möglicher wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Hinweise

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Aufgabe dient der Festigung bzw. Herausbildung folgender Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler können

- wirtschaftspolitische Zielstellungen des Staates nennen
- die Notwendigkeit des Eingreifens des Staates in wirtschaftliches Handeln aufzeigen
- am Beispiel ein Dilemma erklären
- an Beispielen erläutern, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen durch die Vielfalt der Interessen der wirtschaftlichen Akteure risikobehaftet sind
- komplexe wirtschaftliche Probleme erkennen, unter ausgewählten Aspekten analysieren und Lösungsansätze entwickeln
- wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen bei Entscheidungen berücksichtigen
- Lösungsvarianten für wirtschaftliche Probleme des Staates und jeweilige Zielkonflikte analysieren und bewerten
- gewollte und mögliche ungewollte Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen aufzeigen und beurteilen
- Texte mit Grafiken und Tabellen aus unterschiedlichen Quellen auf Relevanz prüfen, erschließen und ggf. die Wertungen des Autors angeben zielorientiert
- über Lösungsansätze - auch für komplexe Probleme und Entscheidungen - sachlich und zielorientiert diskutieren
- Ergebnisse von Recherchen und Befragungen in Texten, die auch Tabellen und Grafiken enthalten können, präsentieren

Hinweise zum Erwartungshorizont

Einordnung der erwarteten Leistungen

a)   b)   c)  d) 

	L	M	S
V			
G			
N			
B			
K			

Im Folgenden ist ein möglicher Erwartungshorizont als Text ausführlicher dargestellt. Es ist aber durchaus denkbar, dass Schülerinnen und Schüler ihre Lösungen als Vortrag oder medial präsentieren.

Aufgabe a

Bremen hat die meisten Schulden, Sachsen hat die geringste Verschuldung,

Der Stadtstaat Bremen: In Bremen sind die kommunalen Aufgaben unmittelbarer Teil des Landeshaushaltes. Dadurch haben sie eine besondere Haushaltsstruktur.

Einwohner:	661.166
Fläche Land Bremen:	404,33 km ²

Unabhängig davon muss Bremen auch sein strukturelles Defizit bis 2020 vollständig abbauen und seinen Haushalt unterteilen in die gleichen Ausgabenkategorien wie die der Flächenländer. Bremen muss bei der Konsolidierung seines Haushaltes auch genau so verfahren, wie die anderen Bundesländer. Bremen hat den mit Abstand höchsten Schuldenstand und das höchste Defizit pro Kopf.

Bremen

Stärken: Die Investitionen des Bundeslandes Bremen erreichen mit 539 Euro je Einwohner den zweithöchsten Wert aller Bundesländer (Durchschnitt 435 Euro).

Schwächen: Mit 26.987 Euro Schulden je Einwohner hat Bremen den höchsten Schuldenstand aller Bundesländer. Und auch mit dem Defizit von 1.871 Euro je Einwohner stellt Bremen den Verschuldungsrekord aller Länder auf. Bremen hat mit 2.079 Euro je Einwohner die höchsten Personalausgaben aller Länder. Bis heute ist die Schuldenbremse noch nicht in der Landesverfassung verankert. Bremen erhält Konsolidierungshilfen.

Sachsen

Stärken: Sachsen ist mit einem Schuldenstand von 1.565 Euro je Einwohner das Land mit der niedrigsten Verschuldung (Platz 1). Die Verschuldung wurde seit 2006 Euro kontinuierlich abgetragen. In Folge dessen ist die Belastung des Landeshaushaltes durch Zinsausgaben mit 89 Euro je Einwohner am zweitgeringsten aller Bundesländer. Weit unterdurchschnittlich sind die Ausgaben für das sächsische Landespersonal mit 866 Euro je Einwohner (Rang 2, Durchschnitt 1.246).

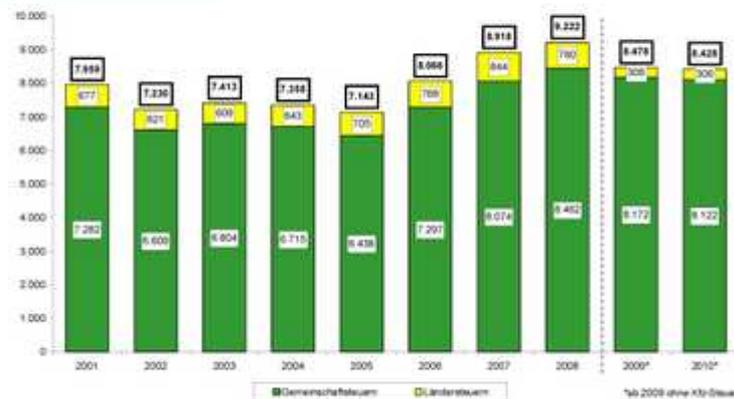
Schwächen: Die gesamten Verwaltungsausgaben sind in Sachsen in den vergangenen fünf Jahren von 2.767 Euro je Einwohner auf 3.073 Euro angestiegen. Die Schuldenbremse ist bis heute noch nicht in der Landesverfassung Sachsens verankert.

Aus: Neue Initiative soziale Marktwirtschaft 2012

Die Sächsische Staatsregierung betreibt eine strikte sparsame Finanzpolitik.

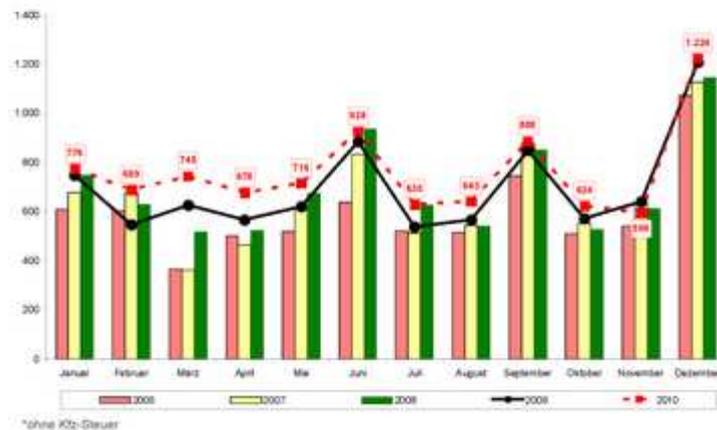
Durch die Verbindung von einer aufbaugerechten hohen Investitionsquote mit einer möglichst geringen Neuverschuldung kann die zukünftige Generationen schuldenfrei die Gesellschaft gestalten.

**Entwicklung der Steuereinnahmen
des Freistaates Sachsen**
Ländersteuern und Gemeinschaftsteuern,
2001 bis 2010 (Mio. EUR)



Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

**Entwicklung des monatlichen
Steueraufkommens* im Freistaat Sachsen**
seit 2006 (Mio. EUR)



Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Aufgabe b

Die Staatsschuld so gering wie möglich zu halten und eine Neuverschuldung zulasten kommender Generationen zu verhindern, das war und ist das Ziel der Bundesregierung. Mit ihrer Finanzpolitik war die Bundesrepublik bis 2009 auf gutem Kurs. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde dann auch in Deutschland das Geld knapp.

Die Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen. Diese Regelung wurde im Grundgesetz verankert.

Ziel der Schuldenbremse ist es, die langfristige Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern und die finanziellen Handlungsspielräume zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben zu sichern.

Die Föderalismuskommission II hat sich für die folgenden Neuerungen bei der Schuldenbremse ausgesprochen:

- Im Grundgesetz wird der Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts festgeschrieben.

- Beim Bund ist eine strukturelle Verschuldung nur noch in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zulässig.
- Konjunkturellen Effekten wird besser Rechnung getragen: Eine konjunkturbedingte Erhöhung der Kreditaufnahme in Abschwungphasen muss in Aufschwungphasen auch wieder ausgeglichen werden.
- Eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Not-situationen sichert die notwendige Handlungsfähigkeit des Staates zur Krisenbewältigung.
- Drohende Haushaltsnotlagen sollen künftig schneller erahnt und so besser bekämpft werden. Dazu wird ein Stabilitätsrat geschaffen, der die Haushalte von Bund und den einzelnen Ländern überwacht und ein Sanierungsverfahren einleiten kann.

Die Neuregelung (Art. 109 und Art. 115 GG) gelten für Bund und Länder ab dem Jahr 2011. Im Rahmen einer Übergangsregelung (Art. 143d Abs. 1 GG) ist festgelegt, dass für den Bund noch bis einschließlich 2015 und für die Länder bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind. Über Konsolidierungshilfen wird es den ärmeren Bundesländern Bremen, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein möglich gemacht, die Vorgaben der Schuldenbegrenzung ab dem Jahr 2020 zu erfüllen.

Weiterhin soll zur Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern ein gemeinsamer Stabilitätsrat eingesetzt werden, der insbesondere der Vermeidung von Haushaltsnotlagen dienen soll (Art. 109a GG).

Unterstützung für ärmere Länder

- Um den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein angesichts ihrer schwierigen Haushaltssituation den Übergang zur Einhaltung der neuen Schuldenregel zu erleichtern, soll diesen die Gewährung von Konsolidierungshilfen im Zeitraum von 2011 bis 2019 in Höhe von insgesamt 800 Millionen € jährlich angeboten werden. Diese finanziellen Lasten sollen zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern getragen werden.

Im Gegenzug müssen sich diese Länder zur Einhaltung eines strikten Konsolidierungspfades verpflichten.

Einführung eines Frühwarnsystems

Gleichzeitig mit einer neuen Schuldenregel wird ein Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen eingeführt. Ein neu einzurichtender Stabilitätsrat soll die Haushalte von Bund und Ländern regelmäßig überwachen und im Falle drohender Haushaltsnotlagen ein Sanierungsverfahren mit der betroffenen Gebietskörperschaft vereinbaren und deren Umsetzung kontrollieren

Quelle: BMF

Aufgabe c

Individuelle Lösungen für mögliche Steuererhöhungen (regional und landesweit)

- Gemeindesteuern (Gemeindeertragsteuern): Steuern, deren Aufkommen allein den Gemeinden zufließt
- **Gewerbsteuer** (Gemeinden haben Ertragshoheit, müssen aber einen Teil als Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abführen), **Grundsteuer**, **Grunderwerbsteuer** sowie kleinere „eigene“ Steuern wie **Hundesteuer**, **Getränkesteuer** und **Vergnügungssteuer**. Diese stehen den Gemeinden zu.

Hinweis:

Die angegebene URL bezieht sich auf Haushaltspolitik des Landes Sachsen-Anhalts in der Internetpräsentation des Finanzministeriums. Sie muss ggf. aktualisiert werden.

Aufgabe d

Weg A:

- Gewerbesteuern senken – dadurch mögliche neue Betriebsansiedlungen und neue Arbeitsplätze- neue Konsumkraft durch die neuen Arbeitnehmer- Steueraufkommen steigt,
- Schaffung neuer Gewerbegebiete mit einer guten Infrastruktur,
- Förderung der Entwicklung der harten und weichen Standortfaktoren

Weg B:

- Streichen und Kürzungen vieler freiwilligen Aufgaben der Kommunen (Zuschüsse für Theater und Museen, ÖPNV, Kinder- und Jugendbetreuung)
- Schließung von Schwimmhallen, Bibliotheken, Einschränkungen in der sozialen Arbeit

Aufgabe 9: Das Reisebüro

Herr Lehmann will in der Kleinstadt Waldhausen ein neues Reisebüro eröffnen. Dazu hat er sich im Vorfeld Gedanken über seine zukünftigen Einnahmen und Ausgaben gemacht. Um verschiedene Varianten zu prüfen, hat er seine Annahmen in einer Excel-Tabelle eingetragen (vgl. Material).

a) Entnimm der Tabelle folgende Informationen:

Welche Ausgaben sind variabel?	
Wie viel Prozent des Reisepreises erhält Herr Lehmann als Einnahme (Provision)?	
In welchem Monat sind die Einnahmen am größten?	
Welche betriebliche Messgröße muss Herr Lehmann versteuern?	

b) Der Einkommenssteuersatz ist nicht konstant.

Nenne die Größe, die diesen Steuersatz beeinflusst. Untersuche mit der Excel-Tabelle, in welchen Grenzen sie sich verändern kann.

c) Damit Herr Lehmann nicht jeden Montag bis Sonnabend von 09.00 Uhr bis 19.00 Uhr in seinem Reisebüro anwesend sein muss, möchte er eine Mitarbeiterin einstellen.

Untersuche mit der Excel-Tabelle, unter welchen Bedingungen das möglich ist.

Material

[Einnahmen und Ausgaben des Reisebüros „Sehen und Erleben“ \(Excel-Tabelle\)](#)

Hinweise

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Aufgabe dient der Überprüfung folgender Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler können

- Tabellen erschließen,
- vereinfachte Gewinn- und Verlustrechnungen lesen und interpretieren,
- Bewertungen wirtschaftlicher Entscheidungen von Unternehmen nachvollziehen und die mit der Entscheidung verbundenen Absichten des Unternehmens angeben.

Hinweise zum Erwartungshorizont

a)

Welche Ausgaben sind variabel?	Werbung, Büromaterialien
Wie viel Prozent des Reisepreises erhält Herr Lehmann als Provision?	10 %
In welchem Monat sind die Einnahmen am größten?	April
Welche betriebliche Messgröße muss Herr Lehmann versteuern?	Gewinn

b) Der Einkommenssteuersatz hängt von der Höhe des Gewinns ab. Bei unter 8000 € Jahresgewinn sind keine Steuern zu zahlen, ab 8.000 € steigt der Steuersatz von 14 % auf 42 % bei 53.000 €: Ist der Gewinn noch höher bleibt der Steuersatz konstant bei 42 %.

c) Der Umsatz muss in Abhängigkeit vom Gehalt der Mitarbeiterin bedeutend gesteigert werden, wenn das Gehalt (> 1000 €) für Herrn Lehmen nicht sinken soll, z. B.:

Gehalt Mitarbeiterin (Arbeitgeberaufwand)	Umsatz
0	400.000 €
400 €	446.000 €
1000 €	518.000 €

Hinweise

1) Dieses Modell berücksichtigt nicht die Umsatzsteuer, da man annehmen kann, dass diese vom Reiseveranstalter entrichtet wird. Auf den Gewinn wird eine Einkommenssteuer erhoben, die sehr stark vom der Höhe des Gewinns abhängt:

	L	M	S
V			
G			
N			
B			
K			

- unter 8000 € keine Steuern,
- von 8000 € (14 %) bis 53.000 € (42 %) steigt der Steuersatz linear an,
- über 53.000 € bleibt er konstant 42 %.

2) Vom Gehalt des Chefs sind noch freiwillige Beträge für Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung in voller Höhe (also Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil), zu entrichten.

3) Die Ausgaben für Mitarbeiter umfassen den Bruttolohn und die anteiligen Sozialabgaben des Arbeitgebers.

Aufgabe 10: Das Urlaubsangebot

Ein Reiseveranstalter hat folgendes Urlaubsangebot:



Termine/Preise 2010/11 p.P. in €		
ET1558D4/TFS		
Abflughafen (Flughafenzuschlag)		Düsseldorf (+/-0.-), Frankfurt (+19.-)
7 Nächte	14 Nächte	Termine
399.-	579.-	1.12., 3.12., 5.12.
439.-	649.-	8.12., 10.12., 12.12.*, 12.1., 14.1., 16.1., 19.1., 21.1., 23.1.
469.-	699.-	26.1., 28.1., 30.1.

* nur 8-tägig buchbar / Termine ab Stuttgart und Münch

399,-

p.P. ab €

- 7 Nächte, Flug, Transfers
- Halbpension

14 Nächte p.P. ab € **579,-**

Für Sie inklusive

- Rail&Fly 2. Klasse inkl. ICE-Nutzung
- Flug mit Condor oder gleichwertig nach Teneriffa und zurück
- Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
- 7 bzw. 14 Übernachtungen im Doppelzimmer im Hotel Luabay ****
- Halbpension
- Deutschsprachige Reiseleitung vor Ort
- Reisepreissicherungsschein

- Bewerte dieses Angebot aus Sicht eines Reisenden. Berechne dazu den Preis für eine Übernachtung mit Halbpension im 4-Sterne-Hotel.
- Bewerte dieses Angebot aus Sicht der Hotelbetreiber und der Fluggesellschaft.

Hinweise

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Aufgabe dient der Überprüfung folgender Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler können

- verbraucherrelevante Informationen aus verschiedenen Quellen entnehmen, bewerten und nutzen,
- gewollte und ungewollte Auswirkungen von wirtschaftlichen Entscheidungen von Unternehmen erkennen.

Hinweise zum Erwartungshorizont

a) vereinfachte Berechnung: $\ddot{U}_{HP} = \frac{P_{14} - P_7}{7} = 25,71 \text{ €}$

Bewertungskriterium	Bewertung
Reisepreis	sehr gut
Reisezeit	eingeschränkt (Winter, keine Schulferien, keine Feiertage)
Leistungen	gut (Zugfahrt, Flug, Unterkunft, Halbpension)

Gesamtwertung: Für Familien ohne schulpflichtige Kinder gut geeignet.

- b) Sowohl für den Hotelbetreiber als auch für die Fluggesellschaft sind diese Preise nicht kostendeckend. Dennoch kann es sich lohnen, einige Wochen mit Verlusten zu arbeiten: Mitarbeiter werden weiter beschäftigt, Gebäude und Anlagen werden weiter betreut, Ansehen des Unternehmens wird erhöht ...

Hinweis

Vom Reisepreis müssten noch ca. 30 % für das Reiseunternehmen (einschließlich Reisebüro) und die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) abgezogen werden. Daraus ergäbe sich ein Preis für Übernachtung und Halbpension von 18,00 €.

	L	M	S
V			
G			
N			
B			
K			

Aufgabe 11: Versicherungsbetrug oder gutes Recht?

Voll Stolz führt Karla ihrer Tante Marion in ihr Zimmer um dieser ihren neuen Laptop zu zeigen. Doch weil sie - wie immer - nicht aufgeräumt hat, bleibt sie an der Trafoschnur hängen und reißt den Laptop zu Boden. Er funktioniert nun nicht mehr.



„Macht nichts“, sagt Tante Marion, „ich habe seit 17 Jahren eine Haftpflichtversicherung und zahle dafür jedes Jahr 35 €. Ich melde meiner Versicherung, dass ich am Kabel hängen geblieben bin und dadurch den Laptop zerstört habe. Ich habe diese Versicherung noch nie in Anspruch genommen. Die können ruhig auch mal etwas für mich tun.“

- Bewerte das Verhalten von Karla und ihrer Tante Marion.
- Beschreibe wie die Versicherung reagieren wird, wenn viele Versicherte sich so wie Tante Marion verhalten.

Hinweise

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Aufgabe dient der Überprüfung folgender Kompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler können

- erläutern, dass mit wirtschaftlichen Verträgen ein Nutzen gesichert werden soll, aber nicht alle Risiken ausgeschlossen werden können,
- gewollte und ungewollte Auswirkungen von wirtschaftlichen Entscheidungen von Einzelnen erkennen.

Hinweise zum Erwartungshorizont

- Bewertung, z. B.: Als Grundlage der Bewertung sollte der geschlossene Vertrag dienen. Dort sind Rechte und Pflichten beider Vertragspartner geregelt. Mit ihrem Verhalten verstößt Tante Marion gegen diese Pflichten. Deshalb ist ihr Verhalten falsch.
- Beschreibung, z. B.: Bei Begleichung des Schadens würden die Prämien der gesamten Laufzeit aufgebraucht. Tritt nun ein echter Schaden ein, muss die Versicherung zusätzliche Mittel aufbringen, die sie nur durch eine Prämienhöhung erhalten kann.

	L	M	S
V			
G			
N			
B			
K			